

# INITIATIVANTRAG

*Antrag an die 85. Bundesversammlung 2019*

*Antragsteller\*in: David Meyer (Diözesanvorsitzender DV Mainz)*

## **IA01 (VERWIESEN IN DEN HA): Bündnispartnerschaft United4Rescue**

### **Antragstext**

1 Die DPSG wird Mitglied im Bündnis „United4Rescue – Gemeinsam Retten“ und steht  
2 damit öffentlich für ihre pfadfinderischen und christlichen Werte ein. Mit der  
3 Partnerschaft schließt sie sich den folgenden vier Forderungen von United4Rescue  
4 an<sup>1</sup>:

#### **I. Pflicht zur Seenotrettung**

5 Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht und das Recht auf Leben nicht  
6 verhandelbar. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen dies auf dem Mittelmeer  
7 gewährleisten.  
8

#### **II. Keine Kriminalisierung**

9 Die zivile Seenotrettung darf nicht länger kriminalisiert oder behindert werden.  
10

#### **III. Faire Asylverfahren**

11 Bootsflüchtlinge müssen an einen sicheren Ort gebracht werden, wo sie Zugang zu  
12 einem fairen Asylverfahren haben. Dazu haben sich die europäischen Staaten  
13 verpflichtet. Das Non-Refoulement-Gebot ist zwingendes Völkerrecht: Menschen  
14 dürfen nicht zurück in Länder gebracht werden, wo ihnen Gefahr droht und sie  
15 rechtlos sind.  
16

#### **IV. 'Sichere Häfen' ermöglichen**

17 Städte und Kommunen, die zusätzliche Schutzsuchende aufnehmen möchten, sollen  
18 diese Möglichkeit erhalten.  
19

20 Zusätzlich ermutigt der Bundesverband seine Untergliederungen und die Mitglieder  
21 der DPSG, sich mit der Thematik „Seenotrettung“ zu befassen und ebenfalls dafür  
22 einzustehen – sei es in Aktionen oder durch Spenden. Diese Ermutigung erfolgt  
23 durch Beiträge in Social Media, der Mitgliederzeitschrift sowie weiteren  
24 geeigneten Medien.

25 <sup>1</sup> Forderungen von United4Rescue: <https://www.united4rescue.com/forderungen>  
26 (Stand: 01.09.2020)

## Begründung

*„Als Pfadfinderinnen und Pfadfinder heißen wir unsere Mitmenschen willkommen, gerade wenn sie in Not oder bedroht sind.“* – Beschluss A23 „Wir sind fremdenfreundlich“ der 80. Bundesversammlung 2015

Europa lässt an seinen Außengrenzen Menschen ertrinken, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Um das Sterben im Mittelmeer zu verhindern oder zumindest zu verringern, schicken zivile Organisationen Seenotrettungsschiffe, da staatliche Akteure dieser Aufgabe nicht nachkommen. Im Gegenteil wird die Seenotrettung von staatlichen Akteuren sogar kriminalisiert und erschwert, dies bedeutet, dass Europa als Gemeinschaft bewusst den Tod von Menschen in Kauf nimmt.

Als neuste Rettungsmission ist zuletzt die Sea-Watch 4 gestartet, welche von Sea-Watch in Kooperation mit United4Rescue betrieben wird. United4Rescue besteht dabei aus einem breiten Bündnis aus kirchlichen und gesellschaftlichen Organisationen. Neben der evangelischen Kirche, die Gründungsmitglied ist, sind auch der VCP sowie der BDKJ Bündnispartner. Unter dem Motto #WirSchickenEinSchiff sind bereits 580 Organisationen Teil von United4Rescue.

Der Beschluss des Antrages führt die Themen der Jahresaktion „Gast>>Freundschaft“, der Aktion „Ich bin fremdenfreundlich“ sowie des Positionspapieres „Pfadfinden ist politisch – wir mischen uns ein“ fort und setzt diese in einem Bündnis um. Auch die Jahresaktion 2021 „Miteinander mittendrin. Aktiv für die Gesellschaft!“ kann an diesen Antrag anknüpfen. Die Bündnispartnerschaft ist mit keiner finanziellen Zusage verbunden, es geht in erster Linie um das gemeinsame Eintreten dafür, dass das Schicksal der Flüchtenden im Mittelmeer nicht vergessen geht.

Weiterführende Links:

Website von United4Rescue: <https://www.united4rescue.com>

Bündniserklärung: [https://www.united4rescue.com/download/U4R\\_Buendniserklaerung\\_DE.pdf](https://www.united4rescue.com/download/U4R_Buendniserklaerung_DE.pdf)